

Präambel

Mit diesem ersten Schritt möchten Studierende und das Rektorat der Universität Heidelberg einen neuen Weg der Kooperation einschlagen. Ermöglicht und gefördert werden soll ein offener, transparenter und fruchtbarer Dialog auf Augenhöhe, der die gemeinsame demokratische, an Wissenschaftlichkeit und ihren Aufgaben orientierte Gestaltung unserer Universität zum Ziel hat.

Die beginnende Zusammenarbeit wird durch Transparenz auf allen Ebenen und offene Kommunikation aller Beteiligten getragen werden. Die im Folgenden aufgeführten Aspekte dieses Gestaltungsprozesses wurden im Konsens gefunden, spiegeln jedoch nur Teile der zu thematisierenden Probleme wider.

1. Bachelor und Master – Probleme und Lösungsansätze

Beide Seiten erkennen gravierende Probleme bei der bisherigen Umsetzung des BA/MA-Systems. Eine Überarbeitung von Studienordnungen, Prüfungsordnungen und Modulhandbüchern ist in jeweils unterschiedlichem Umfang dringend notwendig. Konkrete Lösungen für diese Probleme müssen jeweils auf der die Studiengänge tragenden Ebene gefunden werden. Neben der dezentralen Arbeit sollen gesamtuniversitäre Rahmenrichtlinien entwickelt werden.

Bei der Überarbeitung der BA/MA Studien- und Prüfungsordnungen ist die angemessene Mitwirkung und Mitbestimmung aller Statusgruppen, insbesondere auch der Studierenden (beispielsweise in Institutsräten oder Institutsversammlungen s. u.) unabdingbar. Folgende Ziele sind handlungsleitend:

- Nutzung der vorhandenen Gestaltungsfreiräume zur Modifizierung von Bachelor- und Masterstudiengängen
- Verbesserte Studierbarkeit und Reduktion der starken Verschulung
- Berücksichtigung des universitären Anspruchs auf Bildung (z. B. Studium Generale)
- Mobilität und Flexibilität (in Bezug auf Auslandsaufenthalte, Nebenjobs etc.)
- Entzerrung des Studiums, gegebenenfalls durch Umstellung überfrachteter Bachelor-Studiengänge auf bis zu 8-semesterige Studienprogramme
- Vermeidung statt Wiederholung bereits begangener Fehler bei der anstehenden Umstellung der Lehramtsstudiengänge. Berücksichtigung der Erfahrungen und Erkenntnisse im bisherigen BA/MA - Prozess.

Offene Fragen: NC, Durchlässigkeit, Master als Regelstudienabschluss

2. Studentische Mitbestimmung

Die unter Punkt 1 aufgeführten Probleme können nur durch Einbindung der Kompetenzen und Erfahrungen der Studierenden sowie durch ihre Mitbestimmung auf allen Ebenen der Universität gelöst werden. Dabei gilt das Subsidiaritätsprinzip.

Basisbildend ist die Institutebene. Hier werden funktionelle Einheiten geschaffen, die eine gleichberechtigte Vertretung aller Statusgruppen gewährleisten, um Probleme durch Diskussion auf Augenhöhe lösen zu können. Speziell haben hierbei Fragen von Lehre und Studium Vorrang. Die konkrete Umsetzung dieses Anspruches, etwa in Form eines durch Wahlen legitimierten Institutsrats mit anteiliger Beteiligung aller Statusgruppen, wird in der umgehend zu bildenden Arbeitsgruppe konkretisiert.

Auf Fakultätsebene wird die unzureichende studentische Vertretung – insbesondere, wenn die Vielfalt der Institute und Studiengänge auch durch Studierende repräsentiert werden soll – bemängelt. Daher sollte durch eine Erhöhung der Studierendenzahl (rechtlich möglich sind bis zu 30%) in den Fakultätsräten diese Repräsentanz verbessert werden. Die konkrete Ausgestaltung wird auf Fakultätsebene diskutiert und realisiert.

Die bestehenden Strukturen im Senat werden daraufhin überprüft werden, ob sie in ausreichendem Maße eine konstruktive Vertretung der studentischen Interessen ermöglichen. Die intensive Behandlung eines Antrags der Studierendenvertreter auf eine quantitativ erweiterte Vertretung der Studierenden im Senat wird vom Rektorat gefördert und unterstützt. Dabei wird die Anzahl der studentischen Senatsmitglieder in Bezug gesetzt zur Vertretung der an der Universität vorhandenen Wissenschaftsbereiche und Fakultäten.

Im Jahr 2007 sprachen sich die Universitäten Heidelberg, Tübingen und Freiburg bei der Föderalismusreform der Hochschulen für die Wiedereinführung verfasster Studierendenschaften in Baden-Württemberg aus. Dies fand in der Novelle jedoch keine Berücksichtigung. Aus diesem Grund soll ein „Heidelberger Weg“ formuliert werden, um Modelle zur Umsetzung einer demokratisch legitimierten Vertretung der Studierenden zu entwickeln und umzusetzen, soweit es im Rahmen des derzeitigen Landeshochschulrechts möglich ist. Unabhängig davon bleibt es das Ziel der Studierenden, verfasste Studierendenschaften einzuführen.

3. Hochschulpolitische & finanzielle Rahmenbedingungen

Die gravierende Unterfinanzierung des Bildungssystems ist gesellschaftlich schädlich und politisch nicht zu verantworten. Obgleich Dissens über die Sinnhaftigkeit von Studiengebühren und Drittmitteln besteht, wird die Notwendigkeit der Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen für Lehre und Forschung durch das Land Baden-Württemberg von allen Beteiligten gesehen.

In sämtlichen Studienrichtungen in Heidelberg besteht über die Ausbildung hinaus der Anspruch auf umfassende Bildung im Sinne der Volluniversität. Um diese besondere Qualität des Studiums zu gewährleisten, wird sich die Arbeitsgruppe auch mit Aspekten wie Studium Generale, individualisierter Studienplanung und -struktur beschäftigen.

4. Arbeitsgruppen

Eine Arbeitsgruppe zu den Fragen studentischer Mitwirkung und Mitbestimmung wird zeitnah gebildet werden. Sie setzt sich aus VertreterInnen des Rektorats, sowie allen anderen an einem kontinuierlichen Prozess interessierten Mitgliedern der Universität zusammen. Die Arbeit wird bereits vor der Sommerpause aufgenommen und in dieser fortgeführt, um der Universität möglichst schon zu Beginn des Wintersemesters 2009/2010 erste Ergebnisse präsentieren zu können.

Die Universitätsleitung wird die Öffentlichkeit über die Einrichtung und die universitäre Öffentlichkeit laufend über die Arbeit dieser Gruppe informieren, um allen Interessierten die Möglichkeit zur Mitarbeit zu eröffnen.

Die Erarbeitung von Empfehlungen für die Überarbeitung der BA/MA–Studiengänge wird in zwei bereits bestehenden Arbeitsgruppen organisiert, für die jeweils noch zwei StudierendenvertreterInnen benannt werden sollen:

- AG zur Steuerung der gymnasialen Prüfungsordnung
- AG zur Umsetzung der Studienreform

Dieses Ergebnisprotokoll ist von Studierenden und Rektoratsmitgliedern, -mitarbeitern gemeinsam erarbeitet worden.

Heidelberg, den 22. Juli 2009